



Resolution

MIGRANET-MV lehnt den EU-Asylkompromiss vom 8. Juni 2023 ab

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich am 8. Juni auf schärfere Asylregeln für die EU geeinigt – auch die Bundesregierung stimmte zu.

Im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wurden die Verschärfungen der europäischen Asylverfahren am 8. Juni 2023 beschlossen.

Der EU-Asylkompromiss sieht unter anderem vor, dass es für bestimmte Geflüchtete an den EU-Außengrenzen unter haftähnlichen Bedingungen ein Schnellverfahren geben soll.

Außerdem sollen Asylbewerber*innen in sogenannte sichere Drittstaaten außerhalb der EU zurückgebracht werden, wenn sie über solche Länder eingereist sind.

Der MIGRANET-MV betrachtet die Pläne der EU als einen folgenschweren Fehler, der Menschenrechte angreift. Der Beschluss wird rechtspopulistische Positionen in Europa stärken, da sie den Beschluss als Erfolg betrachten. Durch die verschärften Asylregeln ist ein menschenwürdiges und faires Verfahren ausgeschlossen. Das Asylrecht wird mittelbar ausgehöhlt. Frauen und Kinder werden praktisch weggesperrt.

MIGRANET-MV lehnt die verschärften Asylregeln vehement ab. Geflüchteten soll Schutz und Zugang zum Asyl gewährt werden, stattdessen droht ihnen Elend und Gewalt vor EU-Türen. Daher appelliert MIGRANET-MV an das EU-Parlament, die Verschärfungen der Asylregeln zu stoppen.

MIGRANET-MV fordert das Europäische Parlament dazu auf, dem Beschluss in der jetzigen Fassung nicht zuzustimmen.

Einstimmig angenommen bei der Konferenz der MSO am 10. Juni 2023 in Greifswald.